

Von Kopenhagen...



...nach Bonn

Jeder und jedem ist es bewusst – die Regierungspolitik hat bei der UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen versagt. Auch wenn das unverbindliche Papier als Ergebnis des COP 15 in Kopenhagen gelegentlich als Teilerfolg dargestellt wird, ist es doch kaum das Papier wert, auf dem es geschrieben ist. Und auch im Jahr 2010 ist kein verbindliches, global faires und hartes internationales Abkommen in Sicht, gestand die EU-Klimaschutz-Kommissarin Connie Hedegaard vor dem EU-Parlament Anfang März.

Das Ergebnis von Kopenhagen lässt viele ratlos zurück: Trotz des, auch von den Medien getragenen, hohen Erwartungsdrucks und des unterstellten guten Willens der PolitikerInnen ist das entstandene Papier unverbindlich und unzureichend. Zwar wurde der Wille bekräftigt, die globale Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, der Weg dorthin bleibt aber unklar.

Und die Probleme sind hausgemacht: Die EU und somit auch Deutschland boten nur eine Reduzierung der Treibhausgase um 20 Prozent an, unter gewissen Bedingungen auch 30 Prozent. Doch für das 2-Grad-Ziel müssen die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent reduziert werden. Erst auf der Umweltministerkonferenz der EU im März 2010 wurde überhaupt ein sogenanntes „impact assessment“ in Auftrag gegeben, das untersuchen soll, welche Schritte die EU für eine solche Reduktion unternehmen müsste und was für Auswirkungen dies auf die Gesellschaften hätte. Bisher existiert dies erst für eine 20 prozentige Reduktion.

In seiner Rede vor der UN-Klimakonferenz forderte der bolivianische Präsident Evo Morales ein Weltreferendum, in dem eine Frage sein sollte, ob die entwickelten Länder ihre Treibhausgasemissionen so reduzieren sollten, dass eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1 Grad möglich wäre. Mag diese Frage für westliche Ohren auch etwas polemisch klingen, beschreibt sie aber, worum es den Staaten des globalen Südens und den Protestierenden auf dem UN-Klimagipfel ging: um Klimagerechtigkeit.

Die Folgen der Nutzung fossiler Brennstoffe, vor allem in den Industriestaaten, treffen am stärksten die Menschen im globalen Süden, die kaum etwas zum drohenden Klimachaos beigetragen haben. Und auch vor diesem Hintergrund wurde die westliche Hegemonie bei den Verhandlungen nicht mehr akzeptiert, zumal gerade die „Täter-Staaten“ eben nicht zu einem Strukturwandel bereit sind. Ein völlig falsches Signal geht von der Ankündigung Deutschlands aus, Gelder für den Klimaschutz mit der Entwicklungshilfe zu verrechnen.

Die wesentlichen bisherigen Maßnahmen des Kyoto-Protokolls, der Emissionshandel und der „Clean Development Mechanism“ (CDM) haben keinerlei positive Wirkung entfaltet. Der Emissionshandel, also der Handel mit Rechten, Treibhausgase auszustoßen, hat vor allem eins geschaffen: einen milliardenschweren Markt, der aber klimapolitisch kaum Wirkung entfaltet. Die Mechanismen des CDM führen zu merkwürdigen Ergebnissen: So sollen Palmölplantagen an Stelle von Regenwäldern Treibhausgase binden oder gentechnisch veränderte Pflanzen das Klima schonen.

Ein Umdenken ist nötig und die Strukturen, welche die Probleme geschaffen haben, werden diese nicht lösen können. Deshalb werden wir in Bonn bei den Zwischenverhandlungen der Klimakonferenz vom 31. Mai bis 11. Juni protestieren: Gegen falsche und marktbasiertere Lösungen, gegen den Neubau von Kohlekraftwerken, für eine Energiewende und die Anerkennung der Klimaschulden.

Daniel Häfner, ROBIN WOOD Cottbus